

«Welt in Aufruhr» - Geopolitische Spannungen und die Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik

Europa im Sandwich zwischen Russland und den USA

Wie soll die Schweiz mit dieser Situation umgehen?

Geopolitische Spannungen und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik standen im Zentrum des Sommeranlasses von metrobasel zum Thema «Welt in Aufruhr». Der emeritierte Politikwissenschafts-Professor und Bestseller-Autor, Herfried Münkler, zeigte in seinem Eingangsreferat auf, dass die werte- und regelbasierte Ordnung zerbrochen und an ihre Stelle eine machtbasierte Ordnung getreten sei. Europa befinde sich in einer unangenehmen Sandwichposition. In der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Laurent Goetschel suchten Priska Seiler Graf, Conradin Cramer, Rudolf Minsch und Simon Ittig Ansätze, wie die Schweiz mit dieser neuen Situation umgehen sollte.

Regula Ruetz, Direktorin von metrobasel, begrüsst in ihrer Einleitung speziell die neue Präsidentin von metrobasel, Nationalrätin Patricia von Falkenstein und dankte der UBS Basel für ihre Gastfreundschaft. Einmal mehr sei es gelungen, ein hochaktuelles Thema für den Sommeranlass festzulegen, das nicht brisanter sein könnte. Kriege, Zölle, die Macht des Stärkeren, Imperialismus sowie mangelnde Stabilität und Verlässlichkeit prägten die heutige Weltpolitik.

Martina Koch, Regionalleiterin Corporate & Real Estate Banking Basel, wies darauf hin, dass die aktuelle Situation Aufruhr verursacht und Angst, Unsicherheit, Unordnung und Verwirrung auslöst. Die Schweiz könne aber diese Herausforderungen mit ihren Stärken in der Forschung, dem Bildungswesen, ihrer Innovationskraft und ihren demokratischen Werten erfolgreich meistern.

Conradin Cramer, Regierungspräsident Basel-Stadt, wies darauf hin, dass das Schweizer Geschäftsmodell, das auf Produktion und Verkauf ins Ausland ausgerichtet sei, durch die absurde Zollpolitik der USA, stark betroffen ist. Er erwähnte aber auch, dass Zölle auch für den Bund bis 1950 eine der wichtigsten Einnahmequellen waren. So war die Produktion von Autos zum Beispiel in Binningen (Monteverdi) oder Biel (Chevrolet) nur dank der protektionistischen Importzölle möglich. Erst nach 1950 wurden die Zölle zuerst reduziert und dann ganz abgeschafft. Das hat die Anpassungsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft erhöht und hat dazu geführt, dass diese heute für Turbulenzen gut aufgestellt ist.

Selbstbehauptung statt Bittsteller

Herfried Münkler beschäftigte sich in seinem Eingangsreferat mit der Frage, wie Europa und damit auch die Schweiz auf die aktuellen geopolitischen Herausforderungen reagieren sollten. Europa müsse die Rolle eines unterwürfigen Bittstellers in Washington und eingeschüchterten Kleinbeigebers verlassen und in die selbständige Rolle eines Akteurs gelangen. Je zügiger das geschehe, desto eher werde der Rollenwechsel gelingen. Dabei sind gemäss Münkler fünf Punkte zu berücksichtigen.

1. Die werte- und regelbasierte Ordnung ist zerbrochen und wird auf absehbare Zeit auch nicht wieder hergestellt werden. An ihre Stelle ist eine machtbasierte Ordnung getreten.

Der Neoliberalismus als Grundlage der globalisierten Wirtschaft ist auf eine regelbasierte Ordnung angewiesen. Die damit verbundene Vorstellung, dass der Mensch als rationaler Akteur, als «Homo oeconomicus» handle, erweist sich als Fehlannahme. Heute und in Zukunft wird man sich nicht auf die Kraft des Homo oeconomicus verlassen können. Für

Wladimir Putin zum Beispiel seien Ressentiments, Angst, Wut, Groll und Zorn die Antreiber. Weil es keine Institution mehr gibt, welche für die Einhaltung der Regeln sorgt, sind für Münkler sind die Regelbrecher die Gewinner. Lange Zeit habe man auf die Vereinten Nationen und die USA als Regelordnungshüter gesetzt. Seit «America First» gilt, spielt die USA jedoch ihr eigenes Spiel, das sich ebenfalls um die geltenden Regeln focht.

Gemäss Münkler werden in Zukunft fünf grosse Akteure eine machtbasierte Ordnung bestimmen: Die USA, China, Russland, Indien und Europa. Europa werde aber nur eine Rolle spielen können, wenn es die europäischen Länder schaffen, gemeinsam ein handlungsfähiger Akteur zu sein. Andernfalls sei Europa der Fussabtreter der Grossen.

2. Europa ist in eine geopolitische Sandwichposition geraten: von Russland bedroht und eingeschüchtert, von den USA bedrängt und erpresst.

Die Mittellage im Sandwich führt zum Effekt, dass man sich an eine Seite anlehne. Das war für Europa bisher die USA. Indem die USA gegenüber früher nicht mehr erkennbar sei, seien jetzt zentrifugale Kräfte spürbar. Das könne nur verhindert werden, wenn sich die EU oder der europäische Teil der NATO energisch für die Selbstbehauptung entscheide.

3. Die Europäer haben es inzwischen mit drei imperial auftretenden Akteuren zu tun: Russland, China und den USA

Die imperiale Geschichte ist mit der Dekolonisierung grundsätzlich zu Ende gegangen. Mit neuen Imperien lebt sie aber gemäss Münkler wieder auf. So verfolgt China mit der «Neuen Seidenstrasse» geopolitische Strategien in dieser Richtung, ebenso mit seinen Investitionen im südlichen Afrika. Während China seine Ziele wirtschaftlich verfolgt, baut Russland seine Strategie auf dem Militär und seiner Rücksichtslosigkeit auf. Die USA sind dazu übergegangen, ihre alten Vertrauensverhältnisse zu «kapitalisieren». Sie seien in eine Lage der «imperialen Überdehnung» (imperial overstretch) geraten. Das heisst, sie sind mehr militärische und ökonomische Verpflichtungen eingegangen, als sie langfristig tragen können. Die Selbstbehauptung Europas muss also gegenüber drei mächtigen Autokraten oder autoritär regierten Staaten erfolgen.

4. Die zentrale Voraussetzung für eine Selbstbehauptung Europas ist der Zusammenhalt der EU und die Revitalisierung des europäischen Stamms der NATO.

Gemäss Münkler übernehmen dabei Deutschland, Frankreich und Grossbritannien für die restlichen europäischen Länder immer spürbarer die Stellvertreterrolle. Europa verändere sich unter der Hand aufgrund der Macht des Faktischen. Der Übergang zur Selbstbehauptung müsse schnell erfolgen und erlaube keine Kompromisse.

5. Die Europäer müssen lernen, das Portfolio der Machtsorten wieder zu vervollständigen und die Imperative der Machtpolitik zu bespielen.

Europa beschränkte sich in der Vergangenheit auf Investitionen in die Abschreckung. So wurde militärische Macht in wirtschaftliche Macht transferiert. Es zeigt sich aber, dass Sanktionen zumindest kurzfristig kaum Wirkung zeigen und solche Investitionen verlorene Kosten sind.

Die europäischen Länder müssen ins Militär investieren, in die Infrastruktur, damit militärisches Material überhaupt transportiert werden kann, in den Weltraum und in eigene Clouds. Auch eine gemeinsame europäische nukleare Abschreckung werde nötig sein. Es brauche keine gemeinsame europäische Armee – auch nicht, wenn die USA keine Truppen mehr in Europa habe. Zwingend nötig sei aber ein gemeinsamer europäischer Generalstab. Schaffen es die Europäer nicht, das Portfolio der Machtsorten zu vervollständigen, werden sie der Spielball der drei grossen imperialen Akteure.

Podium zu den Folgerungen für die Schweiz und die Region Basel

In der Podiumsdiskussion unter der Leitung von **Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung**, mit **Nationalrätin Priska Seiler Graf, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission**, **Conradin Cramer, Regierungspräsident Basel-Stadt**, **Rudolf Minsch, Professor und Chefökonom von Economiesuisse**, **Simon Ittig, CEO von T3 Pharmaceuticals**, sowie **dem Referenten Herfried Münkler** ging es darum, konkrete Ansätze für die Schweiz im Umgang mit den Folgen der geopolitischen Spannungen zu gewinnen.

Willkür statt offenen Märkten

Für **Rudolf Minsch** erleben wir im Moment eine Zeitenwende, die Bauchweh auslöse. An die Stelle der schönen Zeit für die Schweizer Wirtschaft mit weltweit offenen Märkten ist die vollkommene Willkür von Staatsführern getreten, die sich nicht mehr an Abmachungen und Regeln gebunden fühlen. Er wies dabei darauf hin, dass die USA schon längere Zeit protektionistisch unterwegs sind und immer das machen, was ihnen nützlich ist, so zum Beispiel bei den nachrichtenlosen Vermögen, dem automatischen Informationsaustausch oder der Aufhebung des Bankgeheimnisses. Neu sei, wie offensiv das jetzt geschehe. Donald Trump gebe sich nicht einmal mehr Mühe, seine Entscheide zu begründen.

Konzentration auf Forschung und Innovation

Alle Podiumsteilnehmenden waren sich einig, dass sich die Schweiz in der schwierigen Situation auf ihre Stärken konzentrieren müsse. Er schlafe in seinem Mikrokosmos gut, meinte **Simon Ittig**. Er fokussiere sich mit seiner im internationalen Vergleich kleinen Firma auf das, was er bewegen könne, und mit allem anderen versuche er, einen Umgang zu finden. Er nutze die wissenschaftliche Freiheit für Forschung und Innovation. Gerade in der heutigen Situation sei es wichtig, dass der Bund die finanziellen Mittel für die Grundlagenforschung und die Innovationsförderung nicht kürze. Er denke auch daran, aus dem Durcheinander in den USA Profit zu schlagen. Wenn dort die wissenschaftliche Forschung eingeschränkt wird, können Wissenschaftler für eine Tätigkeit in der Schweiz gewonnen werden.

Auch **Conradin Cramer** äusserte sich optimistisch trotz der Ohnmacht, die er spüre. Er begründete seine Zuversicht wie Simon Ittig mit der unglaublichen Stärke der Schweiz und insbesondere der Region Basel in Forschung und Innovation. Mit dem «Basler Standortpaket» könne der Kanton einen wichtigen Beitrag zur Innovationsförderung leisten. Die Schweizer Wirtschaft habe immer wieder gezeigt, dass sie aus schwierigen Situationen gestärkt hervorgegangen ist.

«Stall sauber halten»

Wenn das auch jetzt eintreffen soll, muss für **Rudolf Minsch** in der Schweiz politisch ein Umdenken stattfinden: «Wir müssen unseren eigenen Stall sauber halten». Die KMU's würden durch ein Gestrüpp von Vorschriften, Formularen, Berichterstattungen usw. belastet. Die Regulierungswut müsse abgebaut werden. Weil die politische Handlungsfähigkeit zwingend verbessert werden muss, wird gemäss Herfried Münkler auch in der EU ein Prozess einsetzen, Bürokratie und Regulierung abzubauen. Er sei zuversichtlich, dass das Gestrüpp zurückgeschnitten werde.

Mehrausgaben für das Militär – keine Sparmassnahmen bei Bildung und Forschung

Wenn jetzt mehr in das Militär investiert werden müsse, dürfe das nicht mit Sparmassnahmen in Bildung und Forschung kompensiert werden. Das wäre gemäss Priska Seiler Graf völlig falsch. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats sei sich über zusätzliche Ausgaben bei

der Armee einig, nicht aber bei der Frage des «Was?» und des «Wieviels?». Auch beim offenen Punkt, woher das Geld kommen soll, gehen die Meinungen auseinander. Für Seiler Graf sind die Mehrinvestitionen nicht ohne Aufweichung der Schuldenbremse möglich.

Gemäss Herfried Münkler wird in Deutschland über eine Verschiebung der Forschungsausgaben von den Kultur- und Sozialwissenschaften zu den Natur- und technischen Wissenschaften diskutiert. Lange Zeit sei viel Geld in die Friedens- und Konfliktforschung investiert und keine Kriegsforschung betrieben worden. Daher habe niemand eine Ahnung, wie ein Krieg beendet werden kann.

Zusammenarbeit mit NATO

Für Münkler ist klar, dass die Schweiz nie der NATO beitreten wird. Mit dem Kauf der F35 könne sie aber im Luftraum ihren Beitrag zur Verteidigung Europas leisten. Die Schweiz müsse auch ihre eigene Rüstungsindustrie unbedingt erhalten. Das werde aber nur gelingen, wenn Käufer von Rüstungsgütern diese weiterverkaufen dürfen. Andernfalls sei ein Verkauf an NATO-Staaten fast ausgeschlossen.

Für Priska Seiler Graf kommt das Milizsystem der Schweizer Armee an seine Grenzen. Daher sind Kooperationen mit der NATO zwingend. Daher gibt es schon längere Zeit gemeinsame Übungen, zum Beispiel der Luftwaffe. Das gleiche gelte für Beschaffungen von Rüstungsgütern. Grenzen seien der Schweiz durch die Neutralität gesetzt. Was heisst Neutralität? Die Schweiz habe bei der Auslegung des Begriffs bisher einen pragmatischen Weg beschritten. Hier braucht es aber eine klare Antwort, fordert Priska Seiler Graf.

Fazit: «Wir dürfen uns nicht runterkriegen lassen»

In ihrem Schlusswort zog die Präsidentin von metrobasel, Nationalrätin Patrizia von Falkenstein, folgendes Fazit: «Die aktuelle weltpolitische Situation sieht nicht gut aus. Es ist schwierig für ein kleineres Land wie die Schweiz. Wir sind der Willkür des US-Präsidenten ausgesetzt. Regelbrecher werden zu Gewinnern. Die Schweiz muss sich auf ihre Stärken konzentrieren – Forschung & Entwicklung, Innovation, Bildungssystem –, aber auch die bürokratischen Belastungen für die KMU's senken. Wir müssen optimistisch bleiben und dürfen uns nicht runterkriegen lassen.»

Dr. Melchior Buchs